

Bericht

über den Beratungseinsatz in Vietnam vom 29. 3. bis 3. 4. 2010

1. Der diesjährige Einsatz in Vietnam hatte drei Schwerpunkte. Zum einen ging es um das Fachkolloquium an der Rechtshochschule Hanoi, zum andern um die Beratung des Sozialausschusses der Nationalversammlung und der Gewerkschaftsspitzen über die geplante Neuregelung des Arbeitsgesetzbuches und des Gewerkschaftsgesetzes.

Außerdem stand die Vorbereitung des Zentrums für deutsches Recht und seiner feierlichen Eröffnung auf dem Programm, was Gegenstand der ersten Sitzung des sog. Steuerungskomitees war.

2. Auf dem Kolloquium hielt ich einen Vortrag über „Möglichkeiten und Grenzen der Rechtsvergleichung und der grenzüberschreitenden Beratung im Arbeitsrecht“, in den einige eigene Erfahrungen eingehen konnten. Weiter hatte ich über die gewerkschaftliche Interessenvertretung und ihre rechtliche Absicherung in Deutschland zu referieren. Beide Vorträge stießen – soweit ich das beurteilen kann – bei den etwa 40 Teilnehmern auf großes Interesse. Es schloss sich eine sehr differenzierte Diskussion an, bei der von vietnamesischer Seite auch unorthodoxe Positionen vertreten wurden. So vermerkte etwa eine Vertreterin der Gewerkschaftshochschule, bei den vietnamesischen Gewerkschaften wäre ein „Blutaustausch“ erforderlich. Die führende Rolle der Partei wurde als Hindernis für eine konsequente Interessenvertretung gesehen. Möglicherweise liegt ein Schlüssel für eine wirksamere Interessenvertretung aber eher darin, dass die Gewerkschaften das Maß an Autonomie für sich beanspruchen, das ihren natürlichen Gegenspielern, den

Unternehmen, eingeräumt wird, so dass keine unmittelbare Konfrontation mit den herkömmlichen Strukturen entsteht.

3. Die Sitzung des Steuerungskomitees erbrachte sehr gute Ergebnisse. Die von deutscher Seite eingebrachten Lehrinhalte lassen sich gut in das vietnamesische Master-Studium integrieren, das noch nicht in allen Einzelheiten feststeht, das aber auf alle Fälle auch Anteile enthalten muss, die sich auf ausländisches Recht beziehen. Der DAAD signalisierte ein hohes Maß an Engagement, was für die kaum über eigene Mittel verfügenden Fakultäten von ausschlaggebender Bedeutung ist. Von allen Anwesenden wurde der schon vorher signalisierte materielle und immaterielle Einsatz der Stiftung nachhaltig begrüßt. Zwei Wermutstropfen kamen allerdings von vietnamesischer Seite. Einmal wurde Frau Prof. Hang, die im vergangenen Jahr drei Monate in Deutschland verbracht und Kontakte zu verschiedenen deutschen Universitäten geknüpft hatte, nicht zur Koordinatorin auf vietnamesischer Seite bestimmt. Gründe wurden nicht genannt. Zum zweiten wurde vom Rektor und Vizejustizminister eine Neuformulierung der Projektskizze vorgeschlagen, die sehr viel stärkere finanzielle Verpflichtungen der deutschen Seite zum Gegenstand hatte. Den interessierten Fakultäten und Verlagen ist es aber unter den gegebenen Umständen nicht möglich, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Möglicherweise geht es um den Versuch, angesichts des bereits festliegenden Unterzeichnungstermins die deutsche Seite bewusst unter Druck zu setzen. Es soll auch unter Einschaltung des Botschafters alles versucht werden, um diese Hindernisse auszuräumen. Dabei scheint mir erfolgreiches Verhandeln nur möglich, wenn man auch das Scheitern der Kooperation als eine Möglichkeit bezeichnet, die man unschwer hinnehmen könnte.

4. Das am dritten Arbeitstag stattfindende Seminar mit dem Sozialausschuss war dieses Mal durch einen Fragenkatalog vorbereitet worden, der im Laufe des Tages abgearbeitet

werden sollte. Dies erleichterte die Vorbereitung erheblich. Faktisch ließ sich nur etwa ein Drittel der Fragen bewältigen, da einzelne Teilnehmer längere Beiträge ohne unmittelbaren Sachbezug leisteten, es aber ersichtlich nicht den Gepflogenheiten entspricht, eine Redezeitbegrenzung einzuführen oder gar bei nicht sachbezogenen Beiträgen das Wort zu entziehen. Die Diskussionen waren sachlich und von gegenseitiger Offenheit getragen. Der vorliegende dritte Regierungsentwurf fand in einer Reihe von Punkten Kritik, doch ist keineswegs ausgemacht, dass der Sozialausschuss die darin enthaltene einseitige Stärkung der Arbeitgeberseite durch sein Veto blockieren würde. Im persönlichen Gespräch brachte dies ein Teilnehmer auf die Formel: „Ihr habt das beste Arbeitsrecht, wir haben die besten Bedingungen für Investoren“. Der Gedanke, dass man durch ein gut ausgebautes System von Interessenvertretung der Beschäftigten Konflikte reguliert, dadurch Streiks vermeidet und so zu einem reibungsloseren Funktionieren der Wirtschaft beiträgt, ist keineswegs allgemein anerkannt. Die gewünschte Harmonie der Arbeitsbeziehungen soll eher nach dem Motto „Daumen drauf“ hergestellt werden.

5. Das Seminar mit den Gewerkschaften, das nicht wie die übrigen Veranstaltungen in Hanoi sondern in Do Son bei Haiphong stattfand, war durch eine freundschaftliche Atmosphäre gekennzeichnet. Die bei meinem letzten Aufenthalt geübte deutliche Kritik am Regierungsentwurf des Arbeitsgesetzbuchs wurde ersichtlich als Unterstützung der eigenen Position verstanden. Der äußere Ablauf war so organisiert, dass zunächst eine allgemeine Einführung gegeben wurde und sich anschließend drei Arbeitsgruppen bildeten, die nach etwa einstündiger Beratung jeweils Ergebnisse präsentierten, die von meiner Seite dann eingehend zu kommentieren waren. Dasselbe Modell wurde am zweiten Tag mit dem Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes praktiziert. Kritik am Status quo wie am Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs wird aufgenommen, jedoch verfügen die Gewerkschaften über keine Machtmittel, ihre Position gegen Widerstände durchzusetzen. Sie sind in der Situation einer Lobby-Organisation, die nur insoweit einen guten Stand

hat, als sie bestimmte Maßnahmen verhindern kann, weil es in Vietnam üblich ist, sehr lange nach einem Konsens zu suchen, und weil es vor dem im Januar 2011 stattfindenden Parteitag kaum Entscheidungen zu Lasten der Gewerkschaften geben wird. Inhaltlich ging es u. a. um die Finanzierung der Gewerkschaftstätigkeit sowie um die Rechte der überbetrieblichen Organisationen, im Betrieb zu intervenieren. Letzteres ist dort von großer Bedeutung, wo die Führung der betrieblichen Gewerkschaft voll ins Management integriert und deshalb zu autonomer Interessenvertretung unfähig ist.

6. Der (dritte) Regierungsentwurf zur Novellierung des Arbeitsgesetzbuchs ist – wie man am Rande der Veranstaltungen erfahren konnte – aufgrund einer Intervention des Büros des Ministerpräsidenten „gestoppt“ worden. Er soll jedenfalls im laufenden Jahr entgegen den bisherigen Planungen nicht mehr verabschiedet werden. Definitive Beschlüsse werden für das Jahr 2011 in Aussicht gestellt. Auch dies wird im persönlichen Gespräch eher als optimistisch eingeschätzt. Hinzu kommt, dass die ILO ein mit 2 Mio. US-\$ dotiertes Projekt über die Reform der industriellen Beziehungen beginnt, das zahlreiche Grundsatzfragen einschließlich der Situation in anderen Ländern zum Gegenstand hat und das auf zwei Jahre angelegt ist (s. Vietnam News, 3. April 2010, S. 2). Vieles spricht dafür, dass man in den nächsten Jahren statt einer „großen Reform“ eher zahlreiche Einzelschritte unternehmen wird, die ihren Niederschlag in Sondergesetzen (z. B. über den Mindestlohn) finden werden.

